

Dossier Wirtschaftspolitik
2014/06 | 2. September 2014

Rückblick: Alpbacher Wirtschaftsgespräche 2014

„At the Crossroads: Eine neue Wirtschaftsfantasie für Europa“



Medieninhaber/Herausgeber:
Wirtschaftskammer Österreich
Stabsabteilung Wirtschaftspolitik
Leitung: Dr. Christoph Schneider
Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien
wko.at/wp
wp@wko.at

Autoren:
Mag. Stephan Henseler
+43 (0)5 90 900-4269
stephan.henseler@wko.at

mit
Mag. Birgit Ebenführer
Mag. Alexander Kern
Mag. Greta Maier

Bild: Mag. Norbert Leithner

Inhaltsverzeichnis

1 Alpbacher Wirtschaftsgespräche 2014	3
2 Dienstag, 26. August 2014	4
Eröffnung der Wirtschaftsgespräche	4
Panel 1 - Neue Ziele für die Wirtschaft	4
Panel 2 - Krise konventioneller Denkweisen ...	5
Sozialpartner Talk mit WKÖ-Vizepräsidentin Schultz und AK-Präsident Kaske	7
3 Mittwoch, 27. August 2014	8
Panel 3- Globale Arbeitsteilung - Wie gewinnt Europa?	8
Arbeitskreis der WKÖ - Gefährdet die EU-Energie- und Klimapolitik unsere Industrie?	9
Arbeitskreis der WKÖ - Kritische Erfolgsfaktoren unternehmerischer Bildung	10
Arbeitskreis - Reindustrialisierung	11
Arbeitskreis - USA wieder auf Industrie fokussiert - Fluch oder Segen für Europa?	11
Arbeitskreis - Good is the enemy of the great - Was macht gute Unternehmen aus?	12
Arbeitskreis - Ein neues Wirtschafts- und Wettbewerbsmodell für Europa	13
4 Donnerstag, 28. August 2014	14
Panel 4 - Die Wirtschaftsfantasie der Meinungsmacher	14
Gespräch mit Richard Sennett - Kooperation in Europa	14
Abschlusspanel - Die europäische Wirtschaft und die nächste Generation	15
5 Schlussworte und Resümee der Wirtschaftsgespräche 2014	16
Ausblick Alpbach 2015	16

1 Alpbacher Wirtschaftsgespräche 2014

Im Rahmen des Europäischen Forums Alpbach 2014 fanden vom **26. bis 28. August** die **Alpbacher Wirtschaftsgespräche 2014** statt, die unter dem Motto „**At the Crossroads: Eine neue Wirtschaftsfantasie für Europa**“ standen.

Fragestellungen und thematische Schwerpunkte der Wirtschaftsgespräche, die 2014 erstmals in Kooperation mit der Wirtschaftskammer Österreich und der Bundesarbeitskammer abgehalten wurden, waren u.a.:

Alpbacher Wirtschaftsgespräche 2014 erstmals in Kooperation mit Wirtschaftskammer Österreich und Bundesarbeitskammer.

- Kann die Wirtschaft in Europa ihr zentrales Versprechen, Arbeit und Wohlstand zu vermehren, noch halten?
- Wie kann oder soll eine neue europäische Wirtschaftsfantasie in Europa beschaffen sein, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen und die Bedürfnisse der Gesellschaft besser und nachhaltiger zu erfüllen?
- Was sind die Ziele des Wirtschaftens und was sollten sie sein?
- Wo werden bereits jetzt Modelle und Strategien gelebt, die ökonomische, soziale und ökologische Gesichtspunkte vereinen?
- Brauchen wir neue makroökonomische Ansätze, um die jüngsten Entwicklungen zu verstehen? Sind traditionelle makroökonomische Theorien und Ansätze noch anwendbar?
- Was sind Europas Kernkompetenzen in globalen Wertschöpfungsketten?
- Welche Veränderungen in der Wirtschaftswelt erwarten junge EuropäerInnen und wie gestalten diese ihre Unternehmen, um den Veränderungen zu begegnen?

Unter den hochkarätigen ReferentInnen, die diese Fragen im Rahmen zahlreicher Panel-Diskussionsrunden und Arbeitskreisen debattiert haben, waren u.a.:

- **László Andor**, EU-Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Integration
- **Markus Beyrer**, Generaldirektor von BUSINESSEUROPE
- **Jeff Hoffman**, Managing Partner, Colorjar LLC
- **Rudi Kaske**, Präsident der AK Wien und der Bundesarbeitskammer
- **Pascal Lamy**, ehemaliger Generaldirektor der WTO
- **Christoph Leitl**, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich
- **Ulrike Lunacek**, Vizepräsidentin und Abgeordnete der Grünen im Europaparlament
- **Branko Milanovic**, Ökonomieprofessor an der City University of New York
- **Enzo Moavero Milanesi**, ehemaliger Europaminister Italiens sowie Professor der Rechtswissenschaften an der Universität LUISS in Rom
- **Mark Pennington**, Ökonomieprofessor am King's College London
- **Jeffrey D. Sachs**, Ökonom und Direktor des Earth Institutes an der Columbia University
- **Martha Schultz**, Vizepräsidentin der Wirtschaftskammer Österreich
- **Tomas Sedlacek**, Chefökonom der tschechischen Bank CSOB
- **Bernadette Ségol**, Generalsekretärin des Europäischen Gewerkschaftsbundes

VertreterInnen der Wirtschaftskammer Österreich diskutierten mit renommierten europäischen und österreichischen Politikern, Ökonomen, Wissenschaftlern, Managern und Unternehmern aus der ganzen Welt.

Das vorliegende Dossier Wirtschaftspolitik fasst die wichtigsten Diskussionspunkte und Aussagen der Wirtschaftsgespräche 2014 zusammen.

2 Dienstag, 26. August 2014

Eröffnung der Wirtschaftsgespräche

Im Rahmen des Eröffnungsgesprächs betonte Claus **Raidl**, Vizepräsident des Europäischen Forums Alpbach und Programmverantwortlicher für die Wirtschaftsgespräche seitens des Forums, dass das Bestreben des Forums sei, die Wirtschaftsgespräche zu erweitern, weshalb diese 2014 in Zusammenarbeit mit österreichischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern organisiert wurden. Dies soll einerseits die Herangehensweise bei den Diskussionen erweitern bzw. unterschiedliche Diskussionsansätze ermöglichen sowie andererseits dazu führen, im Rahmen der Diskussionen mehrere Alternativen aufzuzeigen und so auf umfassende Art die Ziele des Wirtschaftens zu diskutieren.

Raidl: Österreichische Sozialpartner als Partner der Wirtschaftsgespräche 2014, um breiteren Ansatz bei der Analyse zu ermöglichen.

Christoph **Leitl**, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich, betonte in seinem Einleitungsstatement, dass es deshalb gerade jetzt eine neue Wirtschaftsfantasie in Europa brauche, weil sich die EU und Europa nach wie vor in schwierigen Zeiten befinden und von anderen Regionen in der Welt, u.a. von den USA, in Punkto Wirtschaftsdynamik, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit abgehängt werden. Deshalb sei es wichtig, im Rahmen des Forums Alpbach eine Standortbestimmung zu betreiben und derzeitige Entwicklungen zu debattieren, um aktive Entscheidungen zu treffen und Reformen anzugehen, damit Europas Wettbewerbsfähigkeit wieder gestärkt werden kann. Sollte dies nicht geschehen, werde der Standort Europa nachhaltig gefährdet, was der Wirtschaft und den Menschen in gleichem Maße schaden würde. Gefragt nach dem Patentrezept, um aus der Krise zu kommen, meinte Präsident Leitl, dass kein Makroökonomiemodell alleine die alleinige Lösung bieten würden, aber dass sehr wohl klar sei, dass es notwendig sei, Wachstum zu schaffen und den Schuldenabbau voranzutreiben, was durch Effizienzsteigerungen, Strukturreformen, adäquate Rahmenbedingungen und kluge Investitionen geschehen müsse. Ebenso müsse die Politik auf den demografischen Wandel reagieren, etwa durch nachhaltige Reformen im Sozial- und Pensionssystem.

WKÖ Präsident Leitl: Europa wird von anderen Regionen überholt.

Leitl: Daher müssen jetzt Entscheidungen getroffen werden, um Europas Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und den Standort Europa zu sichern.

AK Wien Präsident Rudi **Kaske** betonte im Rahmen der Eröffnung, dass Österreich auch dank der Sozialpartner besser durch die Krise gekommen sei als andere EU-Länder, was auch in einer neuen WIFO-Studie belegt wurde. Dennoch sei eine neue Wirtschaftsfantasie notwendig, um die Arbeitslosigkeit in Europa zu bekämpfen, da dies die höchste Priorität in Europa haben sollte. Kaputtsparen alleine, so Kaske, könne dabei nicht die Lösung sein. Man müsse sich eher aus der Krise heraus investieren.

Kaske: Kampf gegen Arbeitslosigkeit muss höchste Priorität haben.

Panel 1 - Neue Ziele für die Wirtschaft

Im Eröffnungspanel der Wirtschaftsgespräche 2014 diskutierten Jeff **Hoffman**, US-amerikanischer Unternehmer und Managing Partner von Colorjar LLC sowie Tomas **Sedlacek**, ehemaliger Berater des tschechischen Präsidenten Havel und nunmehriger Chefökonom der CSOB Bank, über neue Ziele für die Wirtschaft.

Sedlacek führte in seinen Einleitungsworten aus, dass es für Europa dringend notwendig sei zu wachsen. Auch müsse die Arbeitslosenrate sinken, das BIP steigen und darüber hinaus brauche Europa mehr Innovation. Wir haben in Europa ein sehr schnell wachsendes System erschaffen, was allerdings sehr fragil und instabil sei, so Sedlacek. In Europa beneide man die USA um ihr Wachstum. Das US-BIP habe eine durchschnittliche Wachstumsrate von 3,27 %, aber zur gleichen Zeit betrage die durchschnittliche Schuldenquote 3,1 %.

Sedlacek: Wachstum in Europa ist unabdingbar.

Laut Sedlacek solle das „D“ in „GDP“ (BIP) daher nicht für Inland stehen („domestic“), sondern für Schulden („debt“). Schließlich führte Sedlacek aus, dass wir in Europa eigentlich alles haben, was wir brauchen: Wenn man davon ausgehe, dass das Ziel des Kapitalismus sei, dass man sich nicht über die eigene wirtschaftliche Situation Sorgen machen müsse, so sei dies bereits in vielen Ländern erreicht. Darüber hinaus herrsche aufgrund der europäischen Integration Frieden und Handel in Europa. Dennoch sind wir unzufrieden und wollen immer mehr.

Sedlacek: Wir haben in Europa alles. Dennoch sind wir unzufrieden.

Jeff Hoffmann erklärte, dass Unternehmer für das Wiederaufbauen der Wirtschaft unabdingbar seien. Sie wären der richtige Weg aus der Krise. In den USA seien in den vergangenen fünf Jahren 80 % der neuen Jobs von jungen Unternehmern oder Start-ups geschaffen worden. Dies zeige uns, dass Unternehmer Arbeitsplätze schaffen, reale Probleme lösen und Innovation fördern. Die nächste Generation der europäischen Führungskräfte bewege sich mit einer viel schnelleren Geschwindigkeit. Doch die europäischen Unternehmer werden hier nicht ausreichend unterstützt, kritisierte Hoffmann. Es gebe keinen Anreiz für Unternehmer, hier bessere Ergebnisse zu erzielen als in anderen Ländern. Selbstzufriedenheit sei sehr gefährlich. Europa drohe nicht nur von den USA, sondern auch von Afrika und Asien überholt zu werden. Aus diesem Grund müsse jeder proaktiver sein und junge Unternehmer sowie Start-ups unterstützen. Dies könne mittels folgender Maßnahmen umgesetzt werden: Ausbildung und Mentoring (Zusammenarbeit von erfahrene Menschen mit Unternehmern), Zugang zu Kapital für Start-ups, „realistische“ Arbeitsgesetze, die Start-ups nicht bankrott machen sowie öffentlich-private-Partnerschaften (zum Beispiel „take entrepreneurs to work day“). In seinen Schlussworten betonte Hoffmann die Wichtigkeit von Unternehmern, da sie für Wachstum sorgen. Europa müsse seinen Einsatz erhöhen und Unternehmertum ermöglichen, da Afrika und Asien aufholen.

Hoffmann: Unternehmer sind der Motor des Wachstums und der Weg aus der Krise.

Hoffmann: Unternehmer schaffen Arbeitsplätze, lösen reale Probleme und fördern Innovation. Europa „needs an army of entrepreneurs“.

Hoffmann: Europa müsse proaktiver sein und Unternehmer besser unterstützen, um nicht von den USA, Afrika und Asien überholt zu werden.

Panel 2 - Krise konventioneller Denkweisen ...

Das zweite Panel der Alpbacher Wirtschaftsgespräche widmete sich der Frage, ob die existierenden makroökonomischen Modelle heutzutage noch anwendbar seien, v.a. im Hinblick auf die derzeitige Krise und vor dem Hintergrund der zur Zeit in Wirtschaftskreisen stark debattierten Ungleichheit, oder ob es neuer makroökonomischer Ansätze brauche, um derzeitige Entwicklungen zu verstehen.

... im Zusammenhang mit der Ungleichheitsdebatte ...

Der britische Ökonom Mark Pennington vom King's College London meinte in seinem Statement, dass ein gewisser Grad an Ungleichheit in der Gesellschaft positiv für die Gesellschaft und für erfolgreiche Unternehmer sei, solange die Lebensstandards für alle BürgerInnen steigen würden. Schlecht sei Ungleichheit, so Pennington, wenn die Politik durch unkluge Maßnahmen oder überbordende Regulierung in die Wirtschaft eingreifen würde.

Pennington: Ungleichheit ist natürlich und zu einem gewissen Grad positiv in und für eine Gesellschaft.

Branko Milanovic, Ökonomeprofessor an der City University of New York, unterstrich, dass Ungleichheit kein isoliertes Problem sei, was die Daten belegen würden, und aufgrund der Natur des Kapitalismus im Steigen begriffen sei. Ebenso würde die Ungleichheit das demokratische Gefüge nachhaltig beanspruchen. Milanovic begrüßte, dass Ungleichheit in der Debatte eine viel prominentere Rolle einnehmen würde als noch vor fünf Jahren.

Milanovic: Aber Ungleichheit ist im Steigen begriffen.

... im Zusammenhang mit der „pluralism in economics“ Debatte, die darauf abzielt, über traditionelle Makro-Modelle hinauszugehen ...

Pennington betonte hier, dass die Ökonomie als Wirtschaftswissenschaft nunmal empirisch arbeiten würde, deshalb die Verwendung und Interpretation von Zahlen notwendig sei, wenngleich es essentiell sei, die kausalen Prozesse dahinter zu berücksichtigen.

Pennington: Ökonomie ist eine Wissenschaft, daher ist die Interpretation von Zahlen notwendig.

Laut **Irmi Seidl**, Leiterin der Forschungseinheit Wirtschaftswissenschaft im eidgenössischen Institut für Wald, Schnee und Landschaft, (WSL), ist es in den Wirtschaftswissenschaften notwendig, sich von den Zahlen wegzubewegen und sich hin zu anderen Gebieten zu bewegen, die soziale und moralische Aspekte berücksichtigen.

Seidl: Man müsse sich in der Ökonomie weg von den Zahlen, hin zu Aspekten wie Moral oder Soziales bewegen.

... im Zusammenhang mit (Über)Regulierung und Steueroasen ...

Milanovic betonte, dass die Finanzwelt sich grundlegend geändert habe und dahingehend Maßnahmen notwendig seien, auch in Punkto Regulierung von Steueroasen. Bevor letzteres jedoch geschehe, müsse man sich auf ein allgemein akzeptiertes (und gerechtes) Steuerniveau einigen.

Milanovic und Seidl: Regulierung des Finanzbereichs ...

Seidl unterstrich die Bringschuld der Länder, Steueroasen nicht selbst zu schaffen, sondern diese, weil z.T. illegal, zu bekämpfen.

... und der Steueroasen notwendig.

Pennington plädierte dafür, dass Regulierung mehr Probleme verursachen als lösen würde, weil nicht nur Individuen möglicherweise nicht rational handeln würden, sondern eben auch Regulatoren, u.a. in der Finanzwelt. Dahingehend sollte die Entscheidungsfindung bei Regulierung dezentralisiert werden, um einen Wettbewerb zwischen den Regulatoren zu ermöglichen. Bezüglich Steuerharmonisierung meinte **Pennington**, dass diese keine Lösung sei, weil sie zu einem zu hohen Steuerniveau führen würde.

Pennington: Regulierung soll dezentralisiert werden, um Wettbewerb zu schaffen.

... im Zusammenhang mit der Debatte Wachstum und bzw. vs. Schulden ...

Pennington unterstrich, dass die Staatsverschuldung in Europa ein großes Problem darstelle. Europa habe auch deshalb in Teilbereichen in den letzten 30 Jahren so schlecht agiert, weil populäre, aber schlechte Entscheidungen getroffen wurden, die zu einer sklerotischen „Erstarrung“ der Systeme geführt haben. Schulden steigern sei dabei keine Lösung und Schulden seien auch nicht das einzige Problem Europas.

Pennington: Schulden und falsche Entscheidungen haben zur „Erstarrung“ der Systeme in Europa geführt.

Laut **Seidl** sind wir an einem Zeitpunkt angelangt, wo die Wachstumsraten der 1960er und 1970er Jahre nicht mehr erreicht werden können, aber Ungleichheit und Arbeitslosigkeit steigen. Dahingehend müsse man vom alten Wachstumsmodell wegkommen und Postwachstumsmodelle andenken oder andere Prioritäten setzen. Bezüglich der steigenden Ungleichheit plädierte **Seidl** für eine stärkere Umverteilung als Lösungsansatz.

Seidl: Postwachstumsmodelle müssen verfolgt werden und Umverteilung muss Problem der Ungleichheit lösen.

Milanovic betonte im Zusammenhang mit Wachstum, dass dieses für die Reduktion von Armut, Ungleichheit, Arbeitslosigkeit sowie für den Aufholungsprozess der Länder auf globaler Ebene notwendig sei. Wachstum sei auch aufgrund veränderter Präferenzen und Wünsche der BürgerInnen notwendig.

Milanovic: Wachstum als Lösung, um Armut, Ungleichheit und Arbeitslosigkeit zu senken.

Bezüglich der Schwellen- oder Entwicklungsländer meinte **Seidl**, dass diese qualitatives Wachstum brauchen würden (Bildung, Gesundheit, Hygiene) und nicht quantitatives, von dem nur die Reichen profitieren würden.

Seidl: Ärmere Länder brauchen qualitatives Wachstum.

Dahingehend erwiderte **Pennington**, dass (quantitatives) Wachstum sehr wohl wichtig sei, um die Lebensstandards für alle BürgerInnen zu heben.

... im Zusammenhang mit bestehenden ökonomischen Theorien ...

Laut **Milanovic** zeigen die Entwicklungen der letzten Jahre, dass existierende Theorien erweitert und bestehende Probleme angegangen werden müssten.

Milanovic: Bestehende Theorien müssen erweitert werden.

Seidl meinte in diesem Zusammenhang, dass man von den „monopolistischen“ Wirtschaftstheorien oder -modellen wegkommen müsste und eine Vielzahl neuer Theorien für eine Vielzahl an (neuen) Problemen brauchen würde.

Seidl: Eine Vielzahl an (neuen) Problemen bedürfen auch einer Vielzahl an (neuen) Wirtschaftstheorien.

Sozialpartner Talk mit WKÖ-Vizepräsidentin Schultz und AK-Präsident Kaske

Im anschließenden Sozialpartner-Talk, der die vorhergegangenen Diskussionen mit dem österreichischen Blickwinkel ergänzte, dominierten die Themen Wachstum, Bildung, Strukturreformen, Steuern und Rahmenbedingungen.

WKÖ-Vizepräsidentin **Schultz** plädierte dabei für wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen und sprach sich gegen höhere Schulden oder höhere Belastungen aus, da die Unternehmen schon am Limit bei der Steuerbelastung angekommen seien. Auch aufgrund der derzeitigen niedrigen Wachstumsraten seien Überregulierung und weitere Belastungen für Unternehmen zu vermeiden, denn diese würden das bestehende Wachstum noch weiter senken, wodurch auch Arbeitsplätze gefährdet seien. Es müsse den Unternehmen ermöglicht werden, Innovationen zu schaffen, damit sie im internationalen Wettbewerb bestehen können.

WKÖ-Vizepräsidentin Schultz: Österreich braucht wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen und keine neuen Belastungen, sonst sind Wachstum und Arbeitsplätze gefährdet.

Vizepräsidentin **Schultz** hob auch Bereiche hervor, in denen Österreich - auch dank der Sozialpartnerschaft - zu den best practices in Europa zähle, z.B. bei der dualen Ausbildung und der hohen Arbeitszufriedenheit. Gerade der Bildungsbereich, so Schultz, sei essentiell für eine erfolgreiche Zukunft.

Schultz: Österreich ist bei der dualen Ausbildung Vorbild, auch dank der Sozialpartnerschaft.

AK-Präsident **Kaske** betonte wiederum, dass die Wirtschaft den Menschen dienen müsse, und dass es aufgrund der bestehenden ungleichen Vermögensverteilung eine andere Steuerpolitik geben müsse. Bezüglich höherer Schulden meinte er, dass Schulden in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten (staatliche und private) Investitionen (z.B. in Infrastruktur, soziale Infrastruktur) finanzieren könnten und in wirtschaftlich besseren Zeiten gesenkt werden sollten, ohne jedoch darauf einzugehen, wie das auch wirklich konkret umgesetzt werden soll. Auch Vermögenssteuern könnten, so **Kaske**, derartige Investitionen finanzieren.

Kaske: Österreich muss bei ungleicher Vermögensverteilung durch eine andere Steuerpolitik gegensteuern.

Kaske: Österreich muss sich aus der Krise „hinausinvestieren“.

3 Mittwoch, 27. August 2014

Panel 3- Globale Arbeitsteilung - Wie gewinnt Europa?

Im Panel 3 der Wirtschaftsgespräche diskutierten Markus **Beyrer** (Generaldirektor Business Europe), Pascal **Lamy** (ehemaliger Generaldirektor der Welthandelsorganisation; Ehrenpräsident, Notre Europe - Jacques Delors Institute, Paris), Jan **Muehlfeit** (Chairman Europe, Microsoft Corporation, Prag), Bernadette **Ségol** (Generalsekretärin Europäischer Gewerkschaftsbund) und Ulrike **Lunacek** (Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments) über Europas Kernkompetenzen in globalen Wertschöpfungsketten und versuchten eine Antwort auf die Frage zu finden, welche Industrien Europa versuchen sollte zu halten bzw. anzuziehen und welche wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen dafür notwendig seien.

Jan Muehlfeit erklärte, dass man in Zeiten wie diesen wettbewerbsfähiger als der Rest sein müsse und das menschliche Gehirn künftig mehr und mehr an Bedeutung gewinne. Er wies darauf hin, dass erstens Technologie, zweitens Wissen und drittens eine charismatische Führung benötigt werde. Weiters kritisierte er den Mangel an charismatischer Führungskompetenz in Europa. Dies sei der Grund, warum Projekte wie Europa 2020 scheitern. Zurückhaltung sei zwar angenehmer, aber schlecht. Man müsse den Mut haben, etwas zu verändern, auch wenn Veränderung schmerzhaft sei.

Muehlfeit: Wir brauchen Technologie, Wissen und eine charismatische Führung.

Muehlfeit: Mut zur Veränderung ist angesagt.

Ségol zeigte auf, dass es nicht um die Frage geht, wie Europa gedeihe, sondern wie Europäer gedeihen können. Wohlstand sei für die Menschen eine Tatsache, die weitgehend in der Diskussion fehle. Laut ihr gebe es zwei unterschiedliche Definitionen von Wohlstand: Geld oder eine gute nachhaltige Gesellschaft mit weniger Ungleichheit. Die Frage des Wohlstandes gehe Hand in Hand mit hochwertigen Arbeitsplätzen, der Entwicklung von Umweltlösungen, einem hohen sozialen Schutz sowie einem nachhaltigen Wiederaufbau der Industrie in Europa. Europas Attraktivität liege in einer stabilen Gesellschaft sowie in gewerkschaftlich organisierten Arbeitskräften.

Ségol: Europa kann mit einer stabilen Gesellschaft und gewerkschaftlich organisierten Arbeitskräften punkten.

Beyrer betonte, dass das europäische System grundsätzlich eines der besten der Welt sei. Hohe Steuern und Arbeitskosten, unverhältnismäßig hohe Energiekosten sowie die zunehmenden demographischen Probleme würden jedoch große Probleme für die europäische Wettbewerbsfähigkeit darstellen. Daraus folgerte er, dass Europa sich verstärkt auf den Binnenmarkt sowie die Industrie konzentrieren müsse, da dies Schlüsselfaktoren seien.

Beyrer: Das europäische System ist eines der besten der Welt.

Auch **Lamy** sehe die abnehmenden Bevölkerungszahlen und die hohen Energiepreise als die wesentlichen strukturellen Probleme in Europa. Wenn Europa nicht mit 2 % jährlich wachse, sei das Sozialsystem bald nicht mehr nachhaltig. Vorteile des europäischen Marktes seien seine Größe sowie das soziale und wirtschaftliche Kulturmodell mit seinen Sozialsystemen und individuellen Freiheiten. Auf politischer Ebene gebe es jedoch reichlich Handlungsbedarf, insbesondere im Bereich der Innovationen, des demographischen Wandels, der Energiewende sowie der Produktivität von Dienstleistungen. Weiters müsse man sich die Frage stellen, wie das europäische Sozialmodell trotz niedriger Wachstumsraten beibehalten werden könne.

Lamy: Vorteile des europäischen Marktes sind die Größe und das soziale und wirtschaftliche Kulturmodell mit seinen Sozialsystemen und individuellen Freiheiten.

Lunacek wies vor allem auf die nach wie vor herrschende Ungleichheit zwischen Frauen und Männern sowie die gläserne Decke für Frauen hin. Europa müsse stärker in die Gleichstellung der Geschlechter investieren. Ein weiteres großes Problem Europas seien die hohen Energiekosten. Die Lösung liege hier nicht nur in der Reduktion der Kosten, sondern auch in zunehmender Energieeffizienz.

Lunacek: Die hohen Energiekosten in Europa sind ein großes Problem. Mehr Energieeffizienz ist gefragt.

Arbeitskreis der WKÖ - Gefährdet die EU-Energie- und Klimapolitik unsere Industrie?

Christoph **Leitl**, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich, erklärte, dass Gefährdungspotential von der EU-Klima- und Energiepolitik ausgehe. Die Klima- und Energieziele, welche die Staats- und Regierungschefs im Oktober bis 2030 in Brüssel beschließen wollen, seien überzogene Ziele und würden sich negativ auf Investitionen, Jobs und Wachstum in Europa auswirken. Bis dato ist noch unklar, ob wir die 20/20/20 erreichen werden und dennoch werden die Vorgaben verschärft (Reduktion des CO₂-Ausstoßes um 40 % bis 2030), so Leitl. Leitl bekenne sich zur europäischen Verantwortung im Klima- und Energiebereich. Allerdings sei Europa lediglich für 10 % des weltweiten CO₂-Ausstoßes verantwortlich und andere Weltregionen müssen betreffend Klimaschutz dringend nachziehen. Im Alleingang gefährde Europas Vorreiterrolle den europäischen Industriestandort. Darüber hinaus betonte Leitl die Wichtigkeit von Energieeffizienz. Europa sei sehr abhängig von anderen Staaten. Eine Energiepartnerschaft mit Afrika hätte unglaubliches Potenzial, unterstrich Leitl.

Leitl: Es geht Gefährdungspotential von der EU-Klima- und Energiepolitik aus.

Leitl: Europa gefährdet im Alleingang im Klimaschutz den europäischen Industriestandort.

Prof. Friedrich **Schneider**, Professor an der Johannes-Kepler-Universität Linz, präsentierte seine Studie, in der er analysierte, was verschärfte Klimaziele für die österreichische Wirtschaft bedeuten könnten. Er kam zu dem Ergebnis, dass Staaten aufhören müssen, jegliche Steuererhöhungen in diesem Bereich zur Budgetsanierung zu verwenden statt zu reinvestieren.

Schneider: Staaten müssen aufhören, Steuererhöhungen für Budgetsanierung zu verwenden anstatt für Investitionen.

Erich **Frommwald**, Geschäftsführer der Kirchdorfer Zementwerk Hofmann GesmbH, erklärte, dass verschärfte Klima- und Energieziele die heimische Industrie bedrohen und betonte die Wichtigkeit einer zentralen Energie und Umweltpolitik. Ohne globalen Klimavertrag können wir die Wettbewerbsfähigkeit des österreichischen Standortes nicht erhalten, führte Frommwald aus.

Frommwald: Ein globaler Klimavertrag ist nötig, um die Wettbewerbsfähigkeit zu gewährleisten.

Edith **Hofer**, Energieexpertin in der Generaldirektion „Energie“ der EU-Kommission, verneinte die Frage, ob die EU-Energie- und Klimapolitik unsere Industrie gefährde. Laut Hofer steuern auch die nationalen Energie- und Fiskalpolitiken zum Kostendruck bei, der auf den Unternehmen lastet. Überdies wolle die EU-Kommission keinen Alleingang; ein Kyoto-Nachfolgeabkommen soll erreicht werden. Allerdings sei sie der Meinung, dass die verschärften Klimaziele realistisch seien, da der technische Fortschritt neue Methoden zu einer effizienteren Produktion ermöglichen werde.

Hofer: Nationale Energie- und Fiskalpolitiken tragen zu Kostendruck der Unternehmen bei.

Michael **Losch**, Sektionschef im Wirtschaftsministerium, hob ebenfalls die Wichtigkeit eines Post-Kyoto-Abkommens hervor. Nur dann könne Europa anders reagieren und mehr in Forschung und Entwicklung investieren. Wenn China und die USA mitziehen würden, so könne Europa auch höhere Ziele festlegen.

Losch: Post-Kyoto-Abkommen ist notwendig.

Arbeitskreis der WKÖ - Kritische Erfolgsfaktoren unternehmerischer Bildung

In diesem Arbeitskreis wurde ein breites Spektrum an Themen abgedeckt. In den Fokus rückte die Frage, wie schon in frühen Jahren ein Bewusstsein für unternehmerisches Handeln geschaffen werden kann.

Martha **Schultz** (Vizepräsidentin der WKÖ und Vizepräsidentin von EURO-CHAMBRES, Brüssel) verwies auf bereits bestehende Angebote für unternehmerische Bildung. Sie erklärte die Vorteile des Unternehmerführerscheins, wie dieser bereits in jungen Jahren unternehmerisches Denken fördere. Als weiteres wichtiges Beispiel nannte sie das „Junior Company Program“, bei welchem SchülerInnen im Alter von 15 bis 19 Jahren reale Unternehmen für die Dauer eines Schuljahres gründen und dabei selbst entwickelte Produkte und Dienstleistungen auf dem realen Markt angeboten werden. Dadurch würden die SchülerInnen wertvolles Know-How erhalten, so Schultz.

Schultz: Der Unternehmerführerschein fördert unternehmerisches Denken bereits in jungen Jahren.

Herbert **Rohrmair-Lewis** (Bundesvorsitzender der Jungen Wirtschaft) veranschaulichte zunächst allgemein die positive Wirkung des Unternehmerdaseins. Danach führte er aus, wie sich die Art, Dinge zu erklären, über die Jahre geändert hätte. Beispielsweise sei bei einem Smartphone keiner mehr auf eine Bedienungsanleitung angewiesen, bei einem Videokassettenrecorder sei dies aber unvorstellbar gewesen. Zudem unterstrich er die Wichtigkeit von Sprachfähigkeiten im wirtschaftlichen Handeln.

Rohrmair-Lewis: Sprachkenntnisse sind im wirtschaftlichen Handeln wichtig.

Frank **Hennessy** (Head of Business Studies, St. Mary's University College Belfast) brachte einen anderen Aspekt in die Diskussion ein, indem er meinte, dass auf die Eltern eingegangen werden solle. Diese können ihre Kinder überzeugen, Unternehmer zu werden. Noch seien diese der Meinung, dass es besser sei, Arzt oder Beamter zu werden.

Hennessy: Unternehmerischer Geist muss auch von den Eltern gefördert werden.

Andrea-Rosalinde **Hofer** (Economist, LEED Programme, OECD) betonte, dass nicht nur angehenden Unternehmern ein Rahmen geboten werden solle, um kreativ zu sein. Vielmehr sollen auch Anreize geschaffen werden, welche es Arbeitnehmern in bestehenden Unternehmen ermöglichen, innovative Ideen zu Tage zu bringen.

Hofer: Wir brauchen Anreize, in bestehenden Unternehmen innovative Ideen zu kreieren.

Caroline **Jenner** (Chief Executive Officer, JA-YE, Brüssel) meinte, dass es notwendig sei, SchülerInnen zu erklären, warum Gelerntes wichtig sei. Zudem forderte sie ein Training für Lehrende, damit diese die speziellen Themen für den Unternehmensbereich auch kompetent unterrichten können.

Jenner: Training für Lehrkräfte im Bereich Unternehmertum ist notwendig.

Im weiteren Verlauf werden hier kurze Auszüge aus anderen Arbeitskreisen der Wirtschaftsgespräche 2014 angeführt:

Arbeitskreis - Reindustrialisierung

Michael **Losch**, Sektionschef im Wirtschaftsministerium, erklärte, dass die EU-Kommission sich bis 2020 das Ziel gesetzt hat, die EU-weite Industriequote gemessen am Bruttoinlandsprodukt von derzeit 15,1 % auf 20 % anzuheben. Österreichs Industriequote mache derzeit 18,3 % aus, betrug aber auch einmal mehr als 20 %.

Benjamin **Gallezot**, Beamter im französischen Finanzministerium, erklärte, dass Frankreich mit speziellen Programmen, wie zum Beispiel der Steuersenkung im Bereich der Arbeitskosten und mit Steuergutschriften für Forschungs- und Entwicklungsausgaben, die Reindustrialisierung ankurbeln. Weiters zeigte er auf, dass der Rückgang der Investitionsquote relativ sei, da es in der Industrie mehr Produktivitätsfortschritte als im Dienstleistungssektor gebe. Er sprach sich für eine gemeinsame Außenhandelspolitik auf europäischer Ebene aus, da europäische Unternehmen sich an scharfe EU-weite Regulierungen und Standards halten müssen, die für Unternehmen außerhalb Europas nicht gelten. In dieser Situation sei es für europäische Unternehmen unmöglich, gleichzeitig wettbewerbsfähig zu sein. Gallezot kritisierte außerdem das staatliche Subventionsverbot innerhalb der EU, welches in China und den USA nicht gelte und für Europa einen Wettbewerbsnachteil darstelle.

Der Präsident von Magna Steyr und Magna International Europa, Günther **Apfalter**, sprach sich für eine Reindustrialisierung Europas aus und erklärte, dass man von Dienstleistungen nicht „abbeißen“ könne, die Industrie hingegen Arbeitsplätze schaffe. Darüber hinaus sprach er sich ebenfalls für eine gemeinsame EU-Außenpolitik aus, um auf die Ukraine-Krise besser politisch reagieren und mit den USA und China konkurrieren zu können.

Elisabeth **Engelbrechtsmüller-Strauss**, Geschäftsführerin von Fronius International GmbH, erklärte, dass ihr Unternehmen nur durch Technologie und Innovation wachsen könne, um in weiterer Folge am globalen Markt konkurrieren zu können. Außerdem sprach sie sich für eine Senkung der hohen Arbeitskosten in Europa aus, um Europa als Wirtschaftsstandort attraktiver zu machen.

Stefan **Gross**, Geschäftsführer Finanzen von T-Mobile Austria, führte aus, dass Investitionen in digitale Infrastruktur der Schlüssel für den Austausch von Informationen zwischen Unternehmen seien. Wir müssen Unternehmertum fördern, so Gross, und die Infrastruktur bereitstellen.

Arbeitskreis - USA wieder auf Industrie fokussiert - Fluch oder Segen für Europa?

In diesem Arbeitskreis erläuterte Hal **Sirkin**, Senior Partner der Boston Consulting Group, dass sich die USA wieder zu einem attraktiven Produktionsstandort wandeln würden. Kostenvorteile, die in den letzten Jahrzehnten eine Ansiedelung insbesondere in China attraktiv machten, würden stetig abnehmen. Vor allem die Wettbewerbsfähigkeit der USA, die niedrigen amerikanischen Energiepreise und steigende Arbeitskosten in China würden diese Entwicklung begünstigen.

Hinzu komme, dass China seine stark zunehmende Binnennachfrage verstärkt befriedigen müsse. Wolfgang Eder, CEO der Voestalpine AG, bestätigte, dass Energie derzeit ein großes Thema sei. Es werde künftig vor allem für die energieintensive Industrie unumgänglich sein, eine Übersiedlung vom teuren Europa in die günstigere USA zu erwägen. Während die USA eine Zunahme der Industrie gezielt verfolgen würde, fehle eine solche Einstellung in Europa.

Gerhard Roiss, CEO der OMV AG, betonte auch, dass die Kluft zwischen den USA und Europa in Hinblick auf das BIP-Wachstum und Innovationsentwicklung stetig zunehme.

Der oberösterreichischer Wirtschaftslandesrat Michael Strugl sieht vor allem im österreichischen „Brain Power“ einen Vorteil zu anderen Produktionsstandorten. Die Diskussionsteilnehmer sahen in diesem Bereich aber auch eines der langfristig größten Probleme: Jährlich verliere Österreich wie auch Europa gut ausgebildete Leute ans Ausland, da diese dort bessere Chancen hätten. Als zweiter großer Problemherd werden die kontinuierlich steigenden Kosten identifiziert, die die österreichische und europäische Wettbewerbsfähigkeit stark einschränken würden.

Arbeitskreis - Good is the enemy of the great - Was macht gute Unternehmen aus?

In diesem Arbeitskreis wurden unterschiedliche Erfolgsfaktoren für ein Unternehmen, insbesondere Führungsverhalten und Recruiting, erörtert.

Hannes Ametsreiter (Chief Executive Officer der Telekom Austria Group) führte aus, dass Innovation extrem wichtig sei. International kann nur derjenige überzeugen, der extrem „innovation-driven“ sei. Seiner Meinung nach müsse versucht werden, eine Innovationskultur zu schaffen, die es ermögliche, der Erste zu sein, beispielsweise eine Technologie komplett neu einzuführen.

Wolfgang Anzengruber (Chief Executive Officer der VERBUND AG) mahnte ein, nicht den Versuch zu starten, den optimalen Führungsstil von jemand anderem zu kopieren. Aufgrund der Tatsache, dass jedes Unternehmen anders sei, könne es keinen allgemeingültigen Führungsstil geben, so Anzengruber. Außerdem sei der Erfolg des Unternehmens nicht allein von den Führungspersönlichkeiten abhängig.

Frank Hensel (Chief Executive Officer der REWE Group) meinte im Zusammenhang mit dem Recruiting eines Unternehmens, dass niemand ohne große Überlegung angestellt werden solle, auch wenn auf ersten Blick alles einwandfrei erscheint. Außerdem solle früh reagiert werden, wenn die Erwartungen eines neuen Mitarbeiters nicht erfüllt werden. Als wichtigsten Tipp gab er mit, die besten Leute nicht mit den schwersten Problemen zu überladen.

Laut Franz Schellhorn (Direktor von Agenda Austria) sei es wichtig zu verstehen, dass das Gehalt nicht der Arbeitgeber, sondern der Kunde zahle. Das Unternehmertum sei keine Laborwissenschaft und könne nur in der Praxis mittels „trial and error“ erlernt werden. Seiner Meinung nach gebe es in Österreich kein gutes Umfeld, um unternehmerisch tätig zu werden. Unternehmerisches Denken müsse vielmehr bereits in der Schule beginnen. Der Staat müsste hier ansetzen und jungen Menschen Chancen aufzeigen.

Arbeitskreis - Ein neues Wirtschafts- und Wettbewerbsmodell für Europa

In diesem Arbeitskreis betonte WIFO-Chef Karl **Aiginger**, dass Europa eine Erfolgsstory in der „midlife crisis“ sei, die unter niedrigem Wachstum, hoher Jugendarbeitslosigkeit leide und auch davon, dass nationale Prioritäten europäische Prioritäten „überlagern“. Neue Konzepte zur Messung von Wettbewerbsfähigkeit gehen dabei über traditionelle Modelle hinaus, die auf Inputseite auf niedrigen Preisen, niedrigen Energiekosten oder niedrigen Lohnstückkosten oder auf Outputseite auf BIP, Beschäftigung und Leistungsbilanz basieren. Aspekte wie Wohlstand oder Umweltfaktoren werden bei diesen traditionellen Modellen, so Aiginger, nicht berücksichtigt, wenngleich Europa z.B. den USA bei Umwelt- oder ökologischen Faktoren viel voraus hat, während die USA bei Produktivität oder Innovation führend sind. Die EU solle nicht schauen, die USA bei den Energiekosten zu schlagen, sondern soll sich z.B. auf Umwelttechnologien, deren Export, high tech oder Nachhaltigkeit konzentrieren.

Enrico **Giovannini**, ehemaliger italienischer Arbeits- und Sozialminister sowie Professor an der Universität Tor Vergata in Rom, betonte, dass aufgrund des niedrigen Wirtschaftswachstums die soziale Nachhaltigkeit viel früher gefährdet sei als jene im Umweltbereich. Die Politik müsse sich daher die Frage stellen, wie man mit einer Wirtschaft umgeht, die nicht wächst bzw. welche Prioritäten in diesem Fall gesetzt werden müssen und wie.

4 Donnerstag, 28. August 2014

Panel 4 - Die Wirtschaftsfantasie der Meinungsmacher

In diesem Panel diskutierten Chefredakteure von renommierten Zeitungen über politische Machtverhältnisse und Missstände.

Alexandra **Förderl-Schmid** (Chefredakteurin, Der Standard) erklärte, dass der typische Wirtschaftsjournalist nicht mehr existiere. Die Thematiken seien dafür schon zu verflochten. Hinsichtlich der Standortwahl von Unternehmen betonte sie, dass nicht mehr das Prinzip der Kostenminimierung im Vordergrund stehe, sondern vielmehr auch das Rechtssystem im jeweiligen Land beleuchtet werde.

Förderl-Schmid: Der typische Wirtschaftsjournalist existiert nicht mehr.

Rainer **Nowak** (Chefredakteur, Die Presse) kritisierte die große Koalition und betonte, dass es Alternativen zu dieser gebe. So bestehe seiner Meinung nach durchaus die Möglichkeit einer Links- oder Rechts-Regierung. Durch keines der genannten Modelle würde die Welt untergehen. Auch die Verlängerung der Legislaturperiode auf 5 Jahre erfülle die Erwartungen, nämlich mehr Zeit für die Regierung zum Regieren, nicht. Die Unternehmen nahm er dahingehend in Schutz, dass diese nicht verpflichtet werden sollen, „etwas Gutes zu tun“, da diese ohnehin schon Steuern zahlen müssten.

Nowak: Unternehmen nicht zwingen „Gutes zu tun“, da diese ohnehin schon Steuern zahlen müssen.

Markus **Spillmann** (Chefredakteur der Neuen Zürcher Zeitung) ging auf die politische Lage in der Schweiz ein. Er bezeichnete das Schweizer Steuermodell als ein gerechtes, da in diesem die Steuerzahler mitbestimmen können. Zudem sprach er sich nicht gegen Steueroptimierungen durch Stiftungen aus. Außerdem forderte er, dass Unternehmen, welche nicht gut wirtschaften, nicht die Möglichkeit gegeben werden solle, dies zu kaschieren. Gemeint ist damit unter anderem die Einhaltung von Umweltstandards. Solche Kosten müssen den jeweiligen Unternehmen aufgebürdet werden.

Spillmann: Das Schweizer Steuermodell ist ein gerechtes.

Gespräch mit Richard Sennett - Kooperation in Europa

Richard **Sennett** (Professor für Soziologie an der London School of Economics and Political Science) sprach davon, dass es mittlerweile mehr Arbeiter als Arbeit gibt. Nicht jeder werde also Arbeit erhalten, auch solle niemand dem Trugschluss erliegen, dass eine niedrige Geburtenrate dieses Problem lösen wird. Eine Lösung dafür liegt seiner Meinung nach darin, Arbeit zu teilen, also einen Ganztagsjob zwischen zwei Personen aufzuteilen.

Sennett: Es gibt derzeit mehr Arbeiter als Arbeit.

Er betonte auch, dass es kein Fortschritt sei, sich in der „New Economy“ weiter zu bewegen. Diese Ideologie nütze nämlich nur einigen wenigen Personen. Europa solle sich eher auf traditionelle Unternehmungen konzentrieren.

Sennett: Europa soll sich auf traditionelle Unternehmungen konzentrieren.

Der Idee, eine Armee von Jungunternehmern zu schaffen, kann er nichts abgewinnen. Seiner Meinung nach sagen die Statistiken etwas anderes aus, da die Wahrscheinlichkeit eines Unternehmens, innerhalb der ersten 6 Monate zu überleben, nur 6 % betrage. Er sprach auch davon, dass nicht so viele Menschen einen Universitätsabschluss benötigen. Ausbildungen in technischen Berufen seien wichtig, hier habe Deutschland einen guten Weg eingeschlagen.

Sennett: Ausbildung in technischen Berufen wird immer wichtiger.

In Punkto Wettbewerbsfähigkeit meinte **Sennett**, dass ein Vergleich basierend auf Preisen zum Nachteil von Arbeitern gehen würde.

Abschlusspanel - Die europäische Wirtschaft und die nächste Generation

Im Abschlusspanel der Wirtschaftsgespräche 2014 diskutierten drei junge europäische UnternehmerInnen ihre Anliegen, Ideen und Modelle mit drei prominenten Politikern bzw. Wissenschaftlern. Die sechs DiskutantInnen waren:

- Ali **Mahlodji**, CEO und Gründer von WHATCHADO GmbH
- Melanie **Ruff**, CEO von Ruffboards GmbH
- Armin **Steuernagel**, CEO und Gründer von Damia GmbH
- László **Andor**, EU-Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Integration
- Enzo **Moavero Milanesi**, ehemaliger italienischer Europaminister und Jus-Professor an der Universität LUISS Rom
- Jeffrey D. **Sachs**, Ökonomieprofessor und Direktor des Earth Institutes an der Columbia University

Abschlusspanel: Drei junge UnternehmerInnen diskutieren mit drei internationalen Politikern bzw. Wissenschaftlern.

Steuernagel, Ruff und Mahlodji betonten in ihren kurzen Impulsstatements, dass Europa eine neue Kultur des Unternehmertums brauchen würde, dass „social entrepreneurship“ immer wichtiger werde (und gefördert werden sollte) und CSR immer wichtiger sei. **Steuernagel** schlug zur Stärkung des Unternehmertums und des Vertrauens sowie aufgrund der geringen Risikobereitschaft in der Bevölkerung vor, Jungunternehmern über ein Jahr hinweg ein Grundeinkommen von EUR 3.000 zu zahlen, um so Innovationen und Kreativität zu schaffen und hervorzubringen.

Die drei UnternehmerInnen: Unternehmertum muss gefördert werden; es brauche eine neue Kultur des Unternehmertums in Europa.

Kommissar **Andor** unterstrich, dass Europa mehr Unternehmertum brauche, um die Arbeitslosigkeit zu senken. Außerdem müsse die unternehmerische Bildung verstärkt werden, und Unternehmer sollen mehr im Sinne Schumpeters handeln.

Andor: Unternehmerische Bildung muss gestärkt werden.

Professor **Moavero** betonte, dass man über alte Leitsätze hinaus denken solle, Regulierungen vereinfacht und Steuern gesenkt werden müssten. Weniger Interventionen seitens des Staates würden, so Moavero, das Leben aller BürgerInnen und Unternehmer vereinfachen. Gleichzeitig müsse Europa dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit mehr Budget widmen.

Moavero: Es brauche eine einfachere Regulierung und weniger Steuern in Europa.

Professor Jeffrey D. **Sachs** von der Columbia University führte aus, dass neben mehr Unternehmertum und mehr Kreativität auch eine kohlenstoff- und emissionsärmere Wirtschaft nötig sei, auch um den Abstand zwischen Norden und Süden zu verringern.

Andor erwiderte in diesem Zusammenhang, dass Defizitländer mehr Reformen und Überschussländer mehr Investitionen bräuchten bei gleichzeitiger Erhöhung von Ausbildungsförderungen in den Mitgliedsstaaten, die unter hoher Arbeitslosigkeit leiden.

Sachs' Patentrezepte für Europa seien u.a. eine Verringerung von Regulierung und von Besteuerung, eine Erleichterung bei Start-ups, größere Risikokapitalbereitstellung für Unternehmen und nicht der von Steuernagel hervorgebrachte Vorschlag eines Unternehmer-Grundeinkommens. Problematisch sei im Moment, so **Sachs**, dass die Staaten Europas alle wenig Geld zur Verfügung haben, weshalb Ausgaben klar priorisiert werden müssten, z.B. in Bildung oder Infrastruktur. Im Großen und Ganzen aber, so **Sachs**, hat Europa nach wie vor das beste ökonomische Modell der Welt, da es zahlreiche und umfassende wirtschaftliche, soziale und Umweltaspekte berücksichtigt.

Sachs: Rezepte sind Regulierungsabbau, Steuer-senkung, mehr Start-ups, mehr Venture Capital ...

... sowie mehr Geld für Bildung oder Investitionen.

Sachs: Europa hat nach wie vor Vorbildwirkung in der Welt.

5 Schlussworte und Resümee der Wirtschaftsgespräche 2014

Der Vizepräsident des Europäischen Forums Alpbach, Claus **Raidl**, fasste abschließend einige der Hauptaussagen der diesjährigen dreitägigen Alpbacher Wirtschaftsgespräche zusammen, wobei sich folgende zentralen Aussagen und Erkenntnisse ableiten lassen:

- Das europäische Modell hat nach wie vor Vorbildwirkung auf vielen Gebieten.
- Die Kritiker des europäischen Modells seien oftmals die Europäer selbst.
- Man brauche mehr Wachstum in Europa, um unser Modell nachhaltig zu gestalten und seine Funktionsfähigkeit sowie Finanzierbarkeit sicherzustellen.
- Europa brauche wieder Visionen, Missionen und mehr Glauben an sich selbst.
- Man müsse Unternehmertum in Europa fördern.
- Regulierung nimmt ein zu hohes Ausmaß in Europa an.
- Ungleichheiten bei Einkommen, Vermögen und bei Möglichkeiten bestehen in Europa.
- Die Politik müsse sich wahrscheinlich vom Bild der Vollbeschäftigung verabschieden.
- Politische Konjunkturzyklen dürfen bei der Ausrichtung bzw. Entscheidungsfindung der Politik keine Rolle spielen, d.h. langfristige (aber dringend notwendige) Entscheidungen müssen getroffen werden, auch wenn diese unpopulär sind.
- Die Medien müssten eine gewissen Distanz zur Politik behalten, aber gleichzeitig kritisch bleiben.

Eine Übersicht der **Presseaussendungen** der Wirtschaftskammer Österreich finden Sie unter:

https://www.wko.at/Content.Node/iv/presse/wkoe_presse/presseaussendung/n/pwk_tb_14_Alpbach_Gesambueberblick.html

Ausblick Alpbach 2015

Das Generalthema des Europäischen Forums Alpbach 2015 lautet „In-Equality“ bzw. „Un-Gleichheit“.

Die Europäische Forum Alpbach 2015 findet vom 19. August bis 4. September 2015 statt.

Die Wirtschaftskammer Österreich wird auch im Jahr 2015 wieder Partner und Mitveranstalter beim Europäischen Forum Alpbach sein.

Wirtschaftskammer Österreich
Vertretungsbefugtes Organ:
Präsident Dr. Christoph Leitl
Tätigkeitsbereich: Information,
Beratung und Unterstützung der
Mitglieder als gesetzliche
Interessenvertretung.
Blattlinie: Dossiers
Wirtschaftspolitik informieren
regelmäßig über aktuelle
wirtschaftspolitische
Themenstellungen.
Chefredaktion:
Dr. Christoph Schneider
Druck: Eigenvervielfältigung
Erscheinungsort: Wien
Offenlegung: wko.at/offenlegung